

Die Zensur kehrt durch die Hintertür zurück

Mit den Werbeverboten wird eine neue Art von Meinungsverboten gesellschaftsfähig.

Der schottische Philosoph David Hume (1711–1776) fragte nach der Ursache dafür, dass in der Demokratie die vielen von den wenigen so leicht regiert werden können. Seine Antwort war ebenso einfach wie überzeugend: Jede Regierung gründet allein auf Meinung. Öffentliche Meinung ist Macht. Natürlich sind die Zeiten vorbei, wo die Regierung durch Meinungsverbote und Zensur sich diese Macht sichern konnte. Aber heute ist eine neue Art von Meinungsverbot gesellschaftsfähig geworden: die Werbeverbote.

Werbung für Genussmittel wie Tabak und Alkohol wird zunehmend eingeschränkt. Offensichtlich hat die öffentliche Meinung geändert. Das Schweizer Volk hatte 1979 die Guttempler-Initiative für ein Verbot der Suchtmittelreklame und 1993 die Doppelinitiative für Werbeverbote von Alkohol und Tabak verworfen. Es folgte der Meinung des Bundesrats, der 1979 fand, ein Werbeverbot habe keinen Einfluss auf den Absatz, und 1993 – schon schwächer – die Auffassung vertrat, gesundheitspolitisch genügten Präventionsmassnahmen und ein Verbot sei unverhältnismässig.

Mittlerweile hat der Wind gedreht. Die Kantone beginnen, das Rauchen in öffentlichen Räumen zu verbieten und die Werbung für Tabak zu beschränken. Eine eigentliche Verbotswelle ist ins Rollen gekommen. Dass sich einige Kantone noch gegenteilig entschieden haben, bestätigt bloss die Regel.

Meinungen sind offensichtlich gefährlich. Zurzeit sind die Meinungen, dass Rauchen angenehm und ein Lebensgenuss sei, und die geschäftlichen Interessen der Tabakindustrie im Visier der Öffentlichkeit.

Diese ist von der Political zur Advertising Correctness vorgestossen: Korrektheit in der Werbung zum Schutz der Konsumenten. Natürlich ist die Gesundheitsvorsorge ein Grund, eine staatliche Werbekampagne gegen das Rauchen durchzuführen (www.rauchenschadet.ch). Der Bund schreibt ferner den Produzenten der Raucherwaren in der Tabakverordnung eine Litanei von Warnhinweisen vor wie «Rauchen ist tödlich» oder «Rauchen kann zu Durchblutungsstörungen führen und verursacht Impotenz». Dazu kommen die zunehmenden Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden und an Arbeitsplätzen. Ist das nicht alles vernünftig und sinnvoll?

Ein Genfer Staatsrechtsprofessor hatte für International Tobacco ein Gutachten verfasst, das die Verfassungsmässigkeit einer Genfer Raucherbeschränkungs-Initiative in Zweifel zog. Auch vor dieser Mei-

Warum sollte man nicht auch abwegige Meinungen verbieten?

nung musste natürlich gewarnt werden. Der Rektor der Uni Genf distanzierte sich am Schluss des Gutachtens davon, indem er festhielt, dass die Professoren keine Gelder der Tabakindustrie annehmen dürften und das Gutachten auf privater Basis verfasst worden sei. War das eine Fernwirkung der Warnaufdrucke auf den Zigarettencpackungen? So gefährlich kann Rauchen sein. So gefährlich können Rechtsauffassungen über Rauchverbote sein.

Auch Alkohol ist gefährlich, und auch hier lässt sich die entsprechende Entwicklung feststellen. Und wie steht es mit fet-



Der Autor

Andreas Kley, 47, ist ordentlicher Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie für Staats- und Rechtsphilosophie.

Die These

Werbeverbote sind die Vorreiter einer neuen staatlichen Zensur. Mit dem Verweis auf «vernünftige» Gründe wird der politischen Manipulation Tür und Tor geöffnet.

ten und ungesunden Esswaren? Es liegen ferner Vorschläge auf dem Tisch, sexistische Werbung zu verbieten.

Ist nicht auch die Politik etwas Gefährliches? Ist nicht auch die Werbung für Parteien zu verbieten? Tatsächlich ist sie an Radio und Fernsehen verboten, was der Schweiz aber durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Rüge eingebracht hat.

Man mag die Beschränkung der Werbung für gesundheitsschädigende Produkte als Sieg einer rationalen Gesundheitspolitik feiern. Die Welle der Werbeverbote könnte allerdings ein unheilvoller gesellschaftspolitischer Vorbote sein: Nicht nur Genussmittel, auch Werbeverbote machen süchtig. Wieso sollte man, wenn schon Werbemeinungen gefährlich sind, nicht auch abwegige politische Meinungen verbieten? Anfänge dazu sind mit der Diskriminierungs- und Rassismustrafnorm gemacht. Wie beim Rauchen ist eine vernünftige Begründung dafür vorhanden. Nicht bedacht wird dabei, dass sich staatliche Zensur mit «vernünftigen» Gründen auf jede Meinung erstrecken kann und sich für politische Manipulation geradezu anbietet – denn politische Macht beruht auf Meinung. ◀